



#dieschmidt

der newsletter

16.04.2021

**Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,**

die Corona-Pandemie stellt uns weiterhin vor große Herausforderungen. Durch die verstärkten Test-Angebote und die immer zügiger voranschreitenden Impfungen ist unser Ausweg aus der Krise zwar auf einem guten Weg, dennoch zwingen uns die steigenden Inzidenzen und die steigende Auslastung der Intensivstationen erneut tätig zu werden. Die Beratungen der Ministerpräsidentenkonferenz vor Ostern und das dadurch entstandene Chaos haben gezeigt, dass es Zeit dafür ist, bundeseinheitliche Vorgaben auf den Weg zu bringen. Wir haben deshalb in dieser Woche eine Änderung des Infektionsschutzgesetzes auf den Weg gebracht, die vor allem bestehende Regeln vereinheitlicht. Denn dort, wo wir gleiche Rahmenbedingungen haben, brauchen wir auch gleiche Maßnahmen.

Unser oberstes Ziel bleibt es, Leben und Gesundheit zu schützen.

Der Entwurf der Bundesregierung wurde in dieser Woche eingebracht und wird jetzt in der kommenden Woche im parlamentarischen Verfahren beraten. Vor allem Ausgangsbeschränkungen werden derzeit breit diskutiert. Ausgangsbeschränkungen waren und sind für uns immer nur das letzte Mittel gewesen und bleiben dies auch. Sie sind aber hoch wirksam: Sie wirken beispielsweise stärker als Schulschließungen und senken den R-Wert um etwa 15 Prozent. Bisher hat es noch kein Land geschafft, die Ausbreitung der Mutationen ohne Ausgangsbeschränkungen wirksam zu bekämpfen. (Mehr dazu gibt es hier) Über die genauen dann beschlossenen Regeln informiere ich wie gewohnt in der kommenden Woche in meinem Newsletter.

Grundsätzlich bin ich dafür, lieber jetzt eine harte, aber zielführende Entscheidung herbeizuführen, anstatt den Zustand des Hin und Hers, der für viel Verunsicherung führt, beizubehalten. Auch die nächsten Wochen werden für uns alle eine starke Belastung sein. **Die Bewältigung der Pandemie können wir nur gemeinsam schaffen.** Es ist der Schlussspurt, an dem wir jetzt noch einmal alle Kraft gemeinsam als Gesellschaft bündeln müssen. Wenn wir es jetzt schaffen, die Infektionszahlen deutlich zu senken und die Impfungen voranzubringen, dann können wir zuversichtlich in Richtung Sommer schauen.

Mit solidarischen Grüßen

Dagmar Schmidt, MdB

Klare Regeln im Kampf gegen die Pandemie!

- ✓ Notbremse wird bundesweit einheitlich gesetzlich verankert.
- ✓ Wer kein Homeoffice ermöglicht, muss Corona-Tests anbieten.

SPD
Fraktion im
Bundestag

Für Kinderrechte im Grundgesetz



Kinder müssen besonders geschützt und behütet werden. Schon lange habe ich mich dafür stark gemacht, dass Kinderrechte ins Grundgesetz aufgenommen werden. Deshalb freue ich mich umso mehr, dass wir in dieser Woche in erster Lesung über einen entsprechenden Regierungsentwurf beraten haben. Mit den neuen Kinderrechten machen wir den besonderen Stellenwert von Kindern gegenüber Gerichten und Verwaltungen deutlich. Wir stärken dadurch die Rechte von Familien gegenüber Einrichtungen und Institutionen. Eltern haben ein großes Interesse daran, dass wir Bedingungen schaffen, die den bestmöglichen Schutz und eine Förderung für alle Kinder sicherstellen. Deshalb können sie in Zukunft Rechte für ihre Kinder geltend machen. Wir haben jetzt die historische Chance die Rechte von Kindern und ihren Familien deutlich zu stärken. Gemeinsam muss nun ein Weg für eine Zwei-Drittel-Mehrheit im Bundestag und Bundesrat gefunden werden.

Für europaweite Transparenz



Geldwäsche, Terrorismusfinanzierung und weitere schwere Straftaten müssen wirksam bekämpft werden. Dies geht nur mit wirksamen grenzüberschreitenden, europaweiten Mechanismen. Jedes Land der Europäischen Union verfügt hierzu über Transparenzregister, in denen Daten von Unternehmen und ihren wirtschaftlichen Berechtigten gespeichert werden. So wird die Verschleierung von illegalem Kapital verhindert. Mit einem in dieser Woche in erster Lesung beratenen Gesetzes setzen wir eine EU-Richtlinie um und sorgen dafür, dass unser nationales Transparenzregister für die europaweite Zusammenarbeit digital aufgestellt wird. Unternehmen sind nun verpflichtet mitzuteilen, welche Personen für sie handeln. Zudem können in Zukunft Finanzinformationen - zum Beispiel über Bankkonten zur Verhinderung und Verfolgung von schweren Straftaten - leichter genutzt werden.

Für echte Gleichstellung



Besonders durch die Pandemie wurde deutlich, dass das Thema Gleichstellung immer noch aktuell ist. Um das Thema nachhaltig und wissenschaftlich zu begleiten, haben wir in dieser Woche die „Bundesstiftung Gleichstellung“ endgültig auf den Weg gebracht. Wir haben in der Vergangenheit schon viel erreicht, um Rückschritte zu verhindern und Verbesserungen voranzubringen werden mit der Bundesstiftung in Zukunft Ungleichheiten deutlicher sichtbar gemacht. Durch die Arbeit der Stiftung wird die Praxis gestärkt und die Entwicklung von neuen Ideen beschleunigt. Gemeinsam mit vielen Partnerinnen und Partnern aus Wissenschaft, Politik, der Wirtschaft, aber auch mit kommunalen Initiativen und Verbänden sollen so Handlungsempfehlungen erarbeitet werden, die der Gleichstellung dienen. Mit der Einführung der Stiftung setzen wir ein zentrales Versprechen unseres Koalitionsvertrags um.

Für einen aussagekräftigeren Mietspiegel



Oft sind Mieten undurchsichtig und nur schwer zu vergleichen. Vor allem bei anstehenden Modernisierungen in Mietwohnungen ist der Mietspiegel ein Richtwert, der über die Höhe von möglichen Mieterhöhungen entscheidet. Deshalb ist ein aussagekräftiger Mietspiegel wichtig für unser soziales Mietrecht. Wir haben in dieser Woche zentrale Verbesserungen auf den Weg gebracht, die Mindeststandards für die Erhebung von Daten in Zukunft vorschreibt. Wir erhöhen die Sicherheit, dass die Daten, die für den Mietspiegel erhoben werden auch vor Gericht Bestand haben. Mieterinnen und Mieter können den aktuell für sie gültigen Mietspiegel verlässlich im Internet finden. Wenn Vermieterinnen und Vermieter Mieterhöhungen ankündigen, kann dadurch sofort erkannt werden, ob die Mieterhöhung rechtmäßig ist, denn die Miete darf maximal auf die Höhe des Mietspiegels erhöht werden. Zudem können Mietspiegel in Zukunft ein Jahr länger gelten, wodurch wir Gegenden mit stark steigenden Mieten besser absichern und ein konstantes Mietniveau erhalten.

Für einen starken, europaweiten Schienenverkehr



Gerade im Güterverkehr bietet die Nutzung von Zügen ein enormes Potential hin zu einem emissionsfreien und klimafreundlichen Transport- und Warenverkehr. Mit dem größten Etat in der Geschichte stärken wir den Schienenausbau innerhalb Deutschlands in den kommenden Jahren. Dafür nehmen wir ganz Europa in den Blick und machen den Schienenverkehr für Unternehmen attraktiver. Bisher ist häufig der Wagenverband, also ein Zug, bei dem alle Wagen den gleichen Ursprung und das gleiche Ziel haben, im Einsatz. Um die Schiene attraktiver zu machen, wollen wir uns dafür einsetzen, dass auch Einzelwagensysteme zum Zug kommen, also Züge, die Container von unterschiedlichen Ursprüngen zu unterschiedlichen Zielen transportieren und den Schienengüterverkehr so effizienter und günstiger machen können. Der Schienenverkehr muss zum Rückgrat des europäischen Verkehrssystems werden. Denn vor allem im Güterverkehr können so viele LKW-Emissionen verhindert werden. Die Zukunft unseres Klimas wird maßgeblich durch die Zukunft des Transportwesens bestimmt werden.